



Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung

50. Sitzung (öffentlich)

16. Februar 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde:

"Position der Landesregierung zum Flächenverbrauch"

1

Der Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 13/3206 gegeben.

2 EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie und deren Durchführung in NRW, insbesondere auch im Hinblick auf die Erstellung von Reinhalteplänen

4

Der Bericht von Ministerin Bärbel Höhn wird mit Vorlage 13/3219 gegeben.

Die Ministerin und Minister Dr. Axel Horstmann (MVEL) beantworten Fragen.

3 Braunkohlenpläne "Umsiedlung Immerath-Pesch-Lützerath" und "Umsiedlung Borschemich"

Vorlage 13/3200

-

Das Benehmen wird einstimmig hergestellt.

4 Fortentwicklung in der getrennten/gemeinsamen Abfallsammlung 13

Der Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 13/3207 gegeben.

5 Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Katastermodernisierungsgesetz)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 13/6183 und 13/6216 (2. Neudruck)

16

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU einstimmig angenommen.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe - Ergänzungsgesetz OWL

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 13/6477

16

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Darüber hinaus wird vereinbart, die Fraktionen zu bitten, die im Umweltausschuss gestellten Fragen - Vorschläge Nr. 10, Nr. 14, Nr. 17, Nr. 18 und Nr. 19 - zu klären, in die Beratung des federführenden Wirtschaftsausschusses einzubeziehen und am 9. März 2005 darüber zu befinden.

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 13/6349

21

Der Ausschuss beschließt einstimmig, kein Votum abzugeben.

**8 Chancen für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen verbessern;
Grundstücke für die Ansiedlung "flächenintensiver Großvorhaben" tat-
sächlich verfügbar machen**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/618

21

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die
Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

**9 Die Landesregierung muss jährlich einen Bericht zur technologischen
Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens vorlegen**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6240

22

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die
Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Nächste Sitzung: 9. März 2005

5 Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Katastermodernisierungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/6183 und 13/6216 (2. Neudruck)

Vorsitzender Klaus Strehl teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 24. November 2004 an den Ausschuss für innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend -, den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen sowie den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung zur Mitberatung überwiesen worden.

In der Sitzung am 1. Dezember 2004 habe sich der Umweltausschuss darauf verständigt, zunächst die vom Innenausschuss geplante öffentliche Anhörung abzuwarten. Inzwischen habe aber der Innenausschuss beschlossen, keine Anhörung durchzuführen, sondern lediglich die kommunalen Spitzenverbände zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert. Hierzu verweise er auf die Zuschriften 13/4529 und 13/4668.

Abstimmungsergebnis siehe Beschlussprotokoll.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe - Ergänzungsgesetz OWL

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6477

Vorsitzender Klaus Strehl führt aus, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 26. Januar 2004 an den Wirtschaftsausschuss - federführend - sowie an weitere Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Wirtschaftsausschuss habe mit Schreiben vom 1. Februar 2005 mitgeteilt, dass er beabsichtige, den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 9. März 2005 abschließend zu beraten.

Friedhelm Ortgies (CDU) betont, alle würden vom Bürokratieabbau reden, und Ostwestfalen tue etwas.

Seit dem letzten Jahr arbeite man intensiv an Bürokratieabbauvorschlägen. Er wolle sich auf die Vorschläge beschränken, die diesen Ausschuss betreffen. In der "Zweiten Welle" der Vorschläge sei vonseiten der Modellregion Ostwestfalen-Lippe eine Menge angeregt worden. Die CDU-Fraktion habe das Gefühl, dass alles zu langsam gehe. Vieles werde auch vom Bundeswirtschaftsministerium und von anderen Behörden blockiert mit dem Argument, das habe man noch nie gemacht oder es sei Bundesrecht.